

Marschroute für Genf liegt fest

Unerwartet schnelle Einigung der Außenminister in Paris

Paris (dpa/ap). Die Außenministerkonferenz der drei Westmächte und der Bundesrepublik in Paris konnte 24 Stunden früher als geplant mit einer „völligen Einigung“ über einen Dreistufenplan für die Wiedervereinigung Deutschlands und die Sicherheit Europas abgeschlossen werden. Die Minister betrachten diesen einstimmig gebilligten Plan als das Verhandlungsprogramm des Westens für die Außenministerkonferenz mit der Sowjetunion, die am 11. Mai in Genf beginnt.

Die Schnelligkeit, mit der die Außenminister zu einer Einigung über die Marschroute für Genf gelangten, hat allgemein überrascht. Die vier Außenminister — Couve de Murville (Frankreich), Herter (USA), Lloyd (Großbritannien) und von Brentano (Deutschland) — sind der Auffassung, daß weitere Beratungen über die Vorbereitungen der Genfer Konferenz nicht mehr erforderlich sind. Auch die Vier-Mächte-Arbeitsgruppe, die in den letzten Wochen mit der Ausarbeitung des Verhandlungskonzepts für Genf beschäftigt war, hat ihre Tätigkeit endgültig eingestellt. Die Außenminister wollen erst am Vorabend der Ost-West-Konferenz wieder zu einer Vorverhandlung zusammentreffen.

Das Schlußkommuniqué der Pariser Konferenz enthält nur eine kurze Mitteilung über den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen und eine neue Bekräftigung der Entschlossenheit, die Freiheit der Westberliner Bevölkerung zu sichern.

In Etappen

Der Plan der Westmächte für Genf sieht, wie bisher bekannt wurde, eine stufenweise Entwicklung vor, die durch die Wiedervereinigung Deutschlands und die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems gekrönt werden soll. Zur Verstärkung der Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der sowjetischen Besatzungszone soll ein gesamtdeutscher Ausschuß gebildet werden, der ent-

sprechend der Bevölkerungsstärke im Verhältnis 3:1 zusammengesetzt sein soll. Parallel dazu hätten die vier Großmächte einen Ausschuß für die europäische Sicherheit zu bilden, der über ein System der Rüstungsbegrenzung beraten soll. Während dieser Ausschuß sich in der zweiten Phase über die Schaffung einer umfassenden Sicherheitszone in Europa zu einigen hätte, die sich vom Atlantik bis zum Ural erstrecken soll, müßte der gesamtdeutsche Ausschuß die Vorbedingungen für die Abhaltung gemeinsamer Wahlen und die Konstituierung einer gesamtdeutschen Regierung schaffen. Am Ende dieser Entwicklung würde dann in der dritten Phase die Ausarbeitung und Annahme eines Friedensvertrages für das wiedervereinigte Deutschland stehen, der den endgültigen Status Deutschlands und seine Grenzen bestimmen müßte. Bis zu dem Zeitpunkt, in dem Berlin wieder seine alte Funktion als deutsche Hauptstadt übernehmen kann, müßte nach westlicher Ansicht der Status quo in Berlin erhalten bleiben.

Britische Konzession

Die überraschend schnelle Einigung in Paris ist sicherem Vernehmen nach vor allem auf die Konzessionsbereitschaft Großbritanniens zurückzuführen. Außenminister Lloyd soll endgültig zugestanden haben, die Frage einer militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa mit Fortschritten in der Wiedervereinigungsfrage zu verbind-

den. Von britischer Seite verlautete dazu, man sei davon überzeugt, daß die Sowjetunion eine so „verpackte“ verdünnte Zone nicht akzeptieren werde, doch habe die britische Regierung zumindest fürs erste die Hoffnung aufgegeben, ihren Vorschlag einer isolierten Sicherheitslösung gegen den hartnäckigen Widerstand der übrigen Verbündeten durchsetzen zu können. Diplomatische Beobachter in Paris befürchten, daß es im Verlauf der bevorstehenden Ost-West-Verhandlungen in diesem Punkt erneut zu beträchtlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den westlichen Nationen kommen könne.

Bundesaußenminister v. Brentano äußerte sich über das Ergebnis der Pariser Konferenz äußerst befriedigt. Der britische Premierminister Macmillan zeigte sich in der Fragestunde des Unterhauses in der Beurteilung des Konferenzergebnisses etwas zurückhaltender.

Attachés festgenommen

Budapest (ap). Die Militärattachés der USA und Frankreichs in Ungarn sind auf einer Fahrt durch das ungarisch-sowjetische Grenzgebiet von ungarischen Grenzwachern an der Weiterfahrt gehindert und zehn Stunden lang festgehalten worden. Den beiden Offizieren, Oberst Johnson Lemmon und Paul Reynaud, wurde erst nach Eintreffen eines Vertreters des ungarischen Außenministeriums die Rückfahrt nach Budapest gestattet. In westlichen diplomatischen Kreisen Budapests wird der Vorfall als eindeutiger Verstoß gegen die diplomatischen Gepflogenheiten betrachtet, da für das ungarisch-sowjetische Grenzgebiet keine Reisebeschränkungen bestehen.

Ein Bischof warnt

DT. Es blieb wirklich kein anderer Weg, um dem Ministerpräsidenten Grotewohl ins Gewissen zu reden. Der rechtmäßige Bischof von Brandenburg, dem man seit Jahresfrist den Besuch seiner Gemeinden verwehrt, mußte die Form eines offenen Briefes wählen, um auf die Not der Christen in der Zone aufs neue aufmerksam zu machen. Dibelius schrieb an Grotewohl, weil ein Gespräch zwischen dem Mann der Kirche und dem Mann des Zonenstaates nicht mehr möglich ist. Am Vorabend der Ost-West-Konferenz in Genf ist diese nüchterne und inhaltsschwere Anklage gegen den Staat von Pankow wahrscheinlich eine der unangenehmsten Bloßstellungen, die sich das SED-Regime gefallen lassen muß. Ist man doch in Pankow so begierig darauf, auf dem internationalen Parkett im Machtschatten der Sowjetunion alsbald eine gute Figur zu machen.

Und nun muß man sich von dem gefürchteten und darum sooft beschimpften Bischof Dibelius in diesem Augenblick sagen lassen, daß die DDR-Diktatur niemals den Christen zu einer inneren Heimat werden kann und daß die Christen zu Bürgern zweiter Klasse in der Sowjetzone herabgewürdigt worden sind. Wenn es am Verhandlungstisch in Genf hart auf hart geht — und es wird hart auf hart gehen —, dann müssen die Beauftragten Grotewohls damit rechnen, daß man ihnen die Feststellungen eines international so anerkannten Mannes wie Bischof Dibelius, entgegenhalten wird. Was ist das für ein Staat, der sich anbietet, etwa die Freiheit Westberlins mitzugarantieren und dem man gleichzeitig aus der langen Leidensgeschichte seiner überwiegend christlichen Bevölkerung nachweisen kann, daß er die eigenen Verfassungsbestimmungen über die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit seiner Bürger nicht einhält? Die Evangelische Kirche hat es im Laufe des letzten Jahres wahrhaftig nicht an Bereitschaft fehlen

lassen, dem sogenannten DDR-Staat zu geben, was des Staates ist. Sie hat verhandelt unter Bedingungen, die vom SED-Regime gewünscht wurden. Sie hat nicht ohne Sorgen im vergangenen Jahr das durch ihre Beauftragten unterzeichnete Verhandlungskommuniqué vom 21. Juli nachträglich gutgeheißen in der Hoffnung, daß solche Sätze, wie „wir respektieren die Entwicklung zum Sozialismus“ oder „daß der gegen den Staat erhobene Vorwurf des Verfassungsbruchs nicht aufrechterhalten wird“, den Christen zugunsten ihrer Glaubensfreiheit eine Entlastung bringen würden. Es wäre billig, heute festzustellen, daß dies eine fromme Täuschung war. Manche lokalen Erleichterungen haben sich ergeben. Jedoch ist jene auch in diesen Spalten sofort mit größter Sorge kommentierte Rede des Ministerpräsidenten Grotewohl vor den Berliner Künstlern und Kulturschaffenden am 23. März dieses Jahres als Signal empfunden worden,

ein Signal, daß die sogenannte DDR ein diktatorischer Weltanschauungsstaat geworden ist, der selbst vor der letzten menschlichen Einheit, der Familie, nicht mehr haltmacht.

Die Sorgen und Warnungen des evangelischen Bischofs Dibelius, der ja als Ratsvorsitzender der EKD und auch kraft seiner Persönlichkeit wie kein anderer zu sprechen berechtigt ist, stehen nicht allein. Auch Kardinal Döpfner und die katholischen Geistlichen in der Zone erheben in diesen Tagen die gleichen Vorwürfe gegen den weltanschaulichen und gottlosen Zwangsstaat der SED. Grotewohl wäre gut beraten, wenn er den Beifall eines Bischofs Mitzenheim oder des SED-bestimmten Pfarrerbundes oder auch neuerdings katholischer Gläubiger nicht überschätzte. Der zweifelhafte Beistand der sogenannten „Deutschen Christen“ für Hitler sollte auch ihm eine Warnung sein. (Siehe auch Seite 4/5.)

Berlin wird nicht sowjetisch!

Neue Erklärung Präsident Eisenhowers

Washington (ap/dpa). Der amerikanische Präsident Eisenhower hat erneut zur Berlin-Frage Stellung genommen. Seine Erklärung gipfelte in dem Satz: „Wir werden nicht zwei Millionen freie Menschen einer Herrschaft überlassen, gegen die sie sich auflehnen würden. Wir sind bereit, unsere Rechte zu wahren, um den Verpflichtungen nachzukommen, die noch immer die unseren sind.“

Eisenhower, der zum ersten Male seit fünf Wochen im Weißen Haus wieder eine Pressekonferenz abhielt, unterstrich den Wunsch des Westens, durch Verhandlungen mit Moskau die internationalen Spannungen zu vermindern. Der Westen werde jedoch stets von dem Grundsatz ausgehen, daß er seine Rechte und Verpflichtungen in Deutschland wahren müsse. Diesen Grundsatz vorausgesetzt, gäbe es „verschiedene Wege“, die man beschreiten könne, um für die Zukunft Deutschlands eine größere Stabilität zu erhalten. Der amerikanische Außenminister Herter sei zur Zeit in Paris dabei, mit den Verbündeten Amerikas die den Sowjets vorgelegten Vorschläge zu koordinieren. Als das Ziel der Verhandlungen mit Moskau nannte der Präsident: zu einer

Verständigung zu gelangen, mit deren Hilfe Deutschland einen kleinen Schritt weiter zu einer Position gebracht wird, in der Verhandlungen über einen Friedensvertrag möglich sind.

„Luftbrückendank“

Berlin (Eigenmeldung). Für die Sammlung „Luftbrückendank“ hat die Berliner Wirtschaft bisher Spenden in Höhe von 300 000 DM zugesagt. Davon entfallen auf Industrie-Unternehmungen 150 000 DM, auf Banken 100 000 DM sowie auf Handel und Handwerk 50 000 DM. Von der öffentlichen Verwaltung und deren Betriebe werden außerdem 20 000 DM, an Einzelspenden 30 000 DM erwartet.

Digitalrechner und Fernsehbedienung

Elektrotechnik steht im Mittelpunkt der Deutschen Industrie-Messe

DT. Hannover (Eigenbericht)

Mehr als 1100 Firmen vereinigen sich in der niedersächsischen Landeshauptstadt vom 26. April bis 5. Mai zur größten elektrotechnischen Ausstellung der Welt. Von dem großen Gelände in Hannover-Laatzten mit seiner imponierenden Deutschen Industrie-Messe beanspruchen deutsche und ausländische Elektrofirmer weit über 100 000 qm gedeckten Hallenraum und Freiflächen. Überall macht man von den außerordentlich vielseitigen Diensten der Elektrotechnik Gebrauch.

Die ersten Eindrücke in Hannover sind fast verwirrend. Starkstrom- oder Schwachstromtechniker warten mit neuen Erzeugnissen auf. Die Elektrizität feiert auf dem Gebiete des Steuerns und Regels, der Rationalisierung und Automatisierung neue Triumphe. Der klassischen Elektrotechnik setzt die Elektronik neue Glanzlichter auf. Sie hilft zu ganz neuen Möglichkeiten. Ein besonders sinnfälliges Beispiel trifft man am Siemens-Stand: den Digitalrechner „2002“.

In Sekundenschnelle

Die Übertragung von Nachrichten ist weiter vervollkommen worden. Bei Firschow, Standard Elektrik, Siemens und anderen bestätigt sich das erfolgreiche Bemühen um noch besseres Übermitteln. Nun kann man aus zwei oder mehr Nachrichten (Informationen) durch logische Verknüpfung eine neue Information gewinnen. Eine solche sind beispielsweise die Informationen „3“ und „4“ und die Verknüpfung „multiplizieren“. Sie ergibt die neue Information „12“, die, wie W. Lockemann, Siemens, mit Recht dargelegt hat, nicht mehr erkennen läßt, daß sie aus diesen beiden Faktoren entstanden ist.

Der programmgesteuerte, elektronische Digitalrechner „2002“ besteht aus Rechen- und Steuerwerk, den Speichern, den Ein- und Ausgabegeräten und einem Bedienungspult. Der Mensch

teilt durch dieses die Folge der einzelnen Rechenschritte in Form von „Befehlen“ mit und gibt die Ausgangswerte an. Es ist verblüffend, wie dieser Digitalrechner, der übrigens auch nach Berlin geliefert wird, in Sekundenschnelle mit dem gewünschten Endergebnis aufwartet. Er arbeitet im Dezimalsystem, so daß sich der Rechner nicht nur für die Wissenschaft und Technik, sondern ebenso für die Wirtschaft und Verwaltung eignet.

Er führt mit dem Kernspeicher als Arbeitsspeicher und dem Trommelspeicher als Zubringerspeicher in einer Sekunde etwa 2200 Operationen aus! Die sekundenschnell errechneten Ergebnisse können auf Lochstreifen oder Lochkarten ausgegeben werden. Als schreibende Geräte lassen sich Fernschreiber und Tabelliermaschinen, Schnelldrucker und Analog-Sichtgeräte anschließen.

Alles für das Büro

Zur Rationalisierung der Arbeit in den Betrieben ist der Einsatz von Fernschreibern ebenso ausgebaut worden wie von Büro- und Rechenmaschinen, ferner von elektrischen Schreibmaschinen, wofür u. a. Olympia und IBM sinnfällige Beispiele bieten, Diktiergeräte und so weiter.

Neue elektronische Fernbedienungssysteme sichern die Übermittlung von Befehlen und Meldungen zwischen einer Befehlsstelle und einer entfernt liegenden unbemannten Unterstation bei großer Übertragungssicherheit und -geschwindigkeit. Hier ergeben sich für Industrieanlagen, Energie-Versorgungsunternehmen, für Wasser- und Gaswerke, für den Bahnbetrieb, aber auch die Flugüberwachung neue Möglichkeiten.

Elektrisch gewogen

Durch Nutzbarmachung permanentmagnetischer Werkstoffe wurden von der AEG für die Uhren-, Steuerungs-, Regelungs- und Meßtechnik selbstanlaufende Synchron-Kleinst-

motoren mit Magnetaufhängungen entwickelt, die als Pulsationsmotoren bezeichnet werden. Hier sind die Anlaufschwierigkeiten bzw. ein Stehenbleiben während des Synchronlaufes beseitigt worden. Ferner fällt in Hannover das Vordringen der elektrischen Wiegeanlagen auf.

Neben der Automatisierung der Arbeiten im Haushalt beim Bügeln und Bohnern, Kühlen und Kochen, Grillen und Heizen usw. ist das unwahrscheinlich große Angebot in elektrischen Leuchten augenfällig.

... in modernem Stil

Das Leuchten-Hochhaus ist ein Haus ohne Fenster, um die Beleuchtungskörper für Außen- und Innenanlagen, für Straße und Heim, für Werkstatt und Fabrikhalle wirksam in Erscheinung treten zu lassen. Auch hier wartet die Berliner Industrie mit sehr zweckmäßigen Lösungen auf, wobei auf dem Gebiete der Heim-Beleuchtungskörper gehaltvolle Lösungen in modernem Stil neben solchen Formen stehen, die auf dem Louis' XVI. oder Empire, auf flämische Vorbilder oder Queen Anne und Chippendale aufbauen.

Die Technik der Lichterzeugung, für deren weitere Fortschritte besonders Osram und Philips neue Beispiele in Hannover bringen, hat die Beleuchtungskörpergestalter in die Lage versetzt, jedem Beleuchtungswunsch auch von der formalen Seite her gerecht werden zu können.

Kurzum: Wohin man auch in Hannover blickt, überall begegnet man der Elektrotechnik. Neben den Investitionsgütern hat sich das Elektro-Konsumgerät sehr stark in den Vordergrund gespielt, und auch die neuen Rundfunk- und Fernsehgeräte beweisen, daß man immer mehr auf einen höheren Komfort und auf eine Automatisierung der einzelnen Vorgänge Wert legt.

Scharfe Antworten der Kirche

Bevölkerung der Zone über atheistische Staatspropaganda beunruhigt

Berlin (Eigenmeldung). Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof D. Otto Dibelius, und die Berliner katholische Wochenzeitung „Petrusblatt“ haben sich in scharfer Form gegen die „antireligiöse Rede“ des Sowjetzonen-Ministerpräsidenten Grotewohl gewandt, die dieser am 23. März vor Berliner Künstlern und Kulturschaffenden in Ostberlin gehalten hat. Dibelius bringt in einem offenen Brief „die tiefe Beunruhigung der christlich gesinnten Bevölkerung“ der Sowjetzone über die „Proklamation der atheistischen Denkweise von Staats wegen zum Ausdruck und erklärt: „Der Staat setzt sich damit in Widerspruch zu seiner christlich gesinnten Bevölkerung“, denn ein atheistischer Staat könne für den Christen niemals zu einer inneren Heimat werden.

Das „Petrusblatt“ kennzeichnet in seiner jüngsten Ausgabe die Stellungnahme Grotewohls gegen den Fastenhirtenbrief der katholischen Bischöfe als einen Versuch, den Bischöfen das Recht zu bestreiten, die Gläubigen vor den Auswirkungen der atheistischen Staatsphilosophie zu warnen und ihnen moralische Normen für ihre Gewissensentscheidungen zu geben. Der Vorwurf Grote-

wohls, daß die Bischöfe sich verfassungswidrig verhalten hätten, habe klar erwiesen, daß er die Lebenskraft der Kirche im Zentralen treffen wolle, heißt es im „Petrusblatt“ weiter. „Eine Kirche, deren Hirten die Gläubigen nicht mehr vor dem Gift der Gottlosigkeit warnen und zurückhalten würden, gäben einen wesentlichen Teil ihrer Mission auf.“

Der Wortlaut des „offenen Briefes“

Dibelius an Grotewohl

Der evangelische Bischof von Berlin und Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland D. Dr. Otto Dibelius hat einen „offenen Brief“ an den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Otto Grotewohl gesandt. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sie wollen mir gestatten, mich mit diesem offenen Brief an Sie zu wenden. Da die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik es ablehnt, mit kirchlichen Stellen zu verhandeln, die ihren Wohnsitz in Westberlin haben, bleibt mir kein anderer Weg, so ungern ich ihn auch gehe.

Am 29. März gab das „Neue Deutschland“ den Wortlaut der Rede bekannt, die Sie einige Tage vorher vor Berliner Künstlern und Kulturschaffenden gehalten hatten. In dieser Rede haben Sie sich mit dem Verhältnis des Staates zur Kirche beschäftigt und haben dabei auf das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 hingewiesen.

Wie Sie wissen, sind gegen dies Kommuniqué alsbald nach seiner Veröffentlichung bei den Leitungen der Kirchen ernste Bedenken laut geworden. Ich

selbst habe mich, obwohl ich manche dieser Bedenken teilte, am 31. August 1958 vor einer großen Öffentlichkeit ohne Vorbehalt zu dem Kommuniqué bekannt, um den guten Willen der Kirche zu bezeugen.

Ich stelle auch fest, daß seither für die kirchliche Arbeit gewisse Erleichterungen eingetreten sind, die ich auf Ihre Anordnung, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, zurückführen darf. An entscheidenden Punkten sind freilich die Beschwernisse der Kirche nicht ausgeräumt worden.

Nun ist Ihre Rede hinzugekommen. Diese Rede hat durch ihren grundsätzlichen Inhalt überall in der Deutschen Demokratischen Republik bei der christlich gesinnten Bevölkerung eine tiefe Beunruhigung hervorgerufen.

Sie haben ausgeführt, daß dem Sozialismus die Zukunft gehöre, und daß sich dieser

Sozialismus auf den Lehren des dialektischen Materialismus aufbaue. Dieser dialektische Materialismus, so sagen Sie, sei Grundlage aller echten wissenschaftlichen Erkenntnis, wie denn auch umgekehrt alle exakte wissenschaftliche Erkenntnis in den dialektischen Materialismus einmünden müsse.

Tiefe Beunruhigung

Nun ist es nicht Aufgabe der Kirche, zu Grundsätzen wissenschaftlicher Forschungsarbeit Stellung zu nehmen. Das Evangelium, das die Kirche verkündigt, bleibt von diesen Grundsätzen unberührt. Wir stellen nur fest, daß naturwissenschaftliche Gelehrte, die in der ganzen Welt das höchste Ansehen genießen, den dialektischen Materialismus ablehnen und der Meinung sind, daß das damit gegebene Erkenntnisprinzip in der Entwicklung unserer Wissenschaft längst überholt sei.

Wenn nun aber von diesem Prinzip her eine Weltanschauung entwickelt wird, die das gesamte Leben der Menschen in Theorie und Praxis bestimmen soll, dann sieht sich die christliche Kirche allerdings gefordert. Denn darüber herrscht allgemeines Einverständnis, daß die Weltanschauung des dialektischen Materialismus weder für Gott noch für das Evangelium von Jesus Christus Raum hat. Sie selbst, Herr Ministerpräsident, vermeiden zwar in Ihrer Rede das Wort „atheistisch“. Daß aber eine atheistische Weltanschauung und nichts anderes gemeint ist, ergibt sich aus dem ganzen Zusammenhang der Rede und wird an einzelnen Stellen klar angedeutet.

Dadurch wird Ihre Rede zu einer Proklamation atheistischer Denkweise von Staats wegen. Der Staat setzt sich damit in Widerspruch zu seiner christlich gesinnten Bevölkerung. Bitte, täuschen Sie sich nicht darüber: ein atheistischer Staat kann für den Christen niemals zu einer inneren Heimat werden! Dieser Gegensatz wird vollends deutlich bei dem, was Sie über die Sittlichkeit

sagen. Sie glauben, feststellen zu sollen: „Sittlich ist, was der Sache des Sozialismus dient!“ Dieser Satz ruft peinliche Erinnerungen wach an die Losung der Nationalsozialisten: „Gut ist, was dem deutschen Volke nützt!“ Die christliche Kirche hat jenem Satz damals mit Ernst und Freimuth widersprochen. Sie muß auch Ihrer Formulierung widersprechen.

Neue „Zehn Gebote“

Was gut und böse, sittlich und unsittlich ist, bestimmt der lebendige Gott allein, kein Mensch, keine Bewegung, keine Klasse und keine Weltanschauung. Maßstab des Sittlichen sind die Zehn Gebote und die Weisungen des Evangeliums. Neue Zehn Gebote, die von Menschen verfaßt sind, wird die Christenheit nie entgegennehmen, und niemals wird ihr das als sittlich gelten, was einer menschlich-irdischen Bewegung nützt. Wenn also, um das an einem Beispiel deutlich zu machen, die nationalen Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik von ihren Kommandostellen aufgerufen werden, die andersdenkende Welt zu hassen, so kann die Christenheit Deutschlands dazu nur ihr bestimmtes und unaufgebbares Nein sprechen!

Deshalb müssen wir uns auch dagegen wehren, daß eine sogenannte Sittlichkeit des Sozialismus, um mit Ihren Worten zu reden, „die Grundlage der moralischen Erziehung und Bildung der Jugend“ sein müsse. Wir bestehen darauf, daß unsere Kinder im Glauben an Jesus Christus und im Gehorsam gegen seine Gebote erzogen werden, nicht aber in einer Moral, die aus dem dialektischen Materialismus abgeleitet wird. Wir nehmen das für uns in Anspruch kraft der „vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit“, die jedem Bürger der Deutschen Demokratischen Republik durch die Verfassung garantiert und in dem Communiqué vom 21. Juli noch einmal ausdrücklich zugesichert worden ist.

Keine Vorrechte

Wir wissen uns mit Ihnen darin einig, daß im Unterricht der Schule eine konsequente Wissenschaftlichkeit herrschen soll — wenn das auch nicht der

einzige Leitgedanke der Erziehung sein kann. Aber wo Wissenschaftlichkeit zum weltanschaulichen Dogma wird, da überschreitet sie ihre Grenzen. Und wo ein solches weltanschauliches Dogma dann den Kindern mit robuster Selbstherrlichkeit vorgetragen wird, da fordert das notwendig den Protest des christlichen Elternhauses heraus. Von einem Einklang zwischen häuslicher und schulischer Erziehung, wie wir ihn mit Ihnen wünschen, kann solange nicht die Rede sein, als Kindern, die in ihrem Elternhaus beten gelernt haben, in der Schule erklärt wird: einen Gott gebe es nicht; das habe die Wissenschaft bewiesen! Wissenschaft erweist ihre Echtheit nicht zuletzt darin, daß sie gegenüber dem, was kein menschlicher Verstand erforschen kann, demütige Zurückhaltung an den Tag legt.

Was wir begehren, sind nicht Vorrechte gegenüber solchen, die unseren Glauben nicht teilen. Wir begehren lediglich das eine, daß der Staat nicht mit den Machtmitteln, die ihm zur Verfügung stehen, dem Atheismus den Weg bereitet und den christlichen Glauben in den Winkel zu drücken versucht. Sie, Herr Ministerpräsident, sagen: „Glaubens- und Gewissensfreiheit heißt, daß jeder Bürger selbst entscheiden kann, in welcher Weise er seine Eheschließung oder die Namensgebung eines Kindes begehren will, ob ein Kind an der Jugendweihe, an der Konfirmation oder an beidem teilnimmt.“ Über das „oder an beidem“ werde ich gleich ein Wort sagen. Daß freie Entscheidung herrschen soll, kann die Kirche nur bejahen.

„Nicht die Kirche...“

Es ist aber keine freie Entscheidung mehr, wenn der Staat alle Mittel der Propaganda gegen die Einrichtungen der Kirche in die Waagschale wirft. Unausgesetzt haben Lehrer, Parteifunktionäre und andere die Eltern und die Kinder bearbeitet, sie müßten den Weg der Jugendweihe gehen, weil nur dieser Weg zur Oberschule und zur Hochschule, zu Lehrstellen und Fachschulen führe. Die Presse, die in der Deutschen Demokratischen Republik nach staatlicher Anord-

nung zu arbeiten hat, muß auf jede Weise für die Jugendweihe Propaganda machen. Die Wirtschaft desgleichen. In den staatlichen Internaten wird nicht nur kein Religionsunterricht gestattet, sondern die Kinder werden geschlossen der Jugendweihe zugeführt. Jetzt hat sogar die Post besondere Briefmarken und Telegrammformulare zur Jugendweihe herausgebracht. Und die Konfirmation?

Nein, Herr Ministerpräsident, es ist genau umgekehrt, wie Sie es darstellen. Nicht die Kirche versucht, eine Monopolstellung für sich zu fordern, sondern es ist der Staat, der Einrichtungen, die aus dem Gegensatz gegen die christliche Sitte hervorgegangen sind, unter Einsatz seiner Machtmittel Geltung zu schaffen sucht.

Keine Nötigung!

Und was das „oder an beidem“ anlangt, so sind die Leitungen aller Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik zu der Erkenntnis gekommen, daß Jugendweihe und Konfirmation einander ausschließen — was ja auch von den Propagandisten der Jugendweihe im Grunde nicht bestritten wird. Amtshandlungen der Kirche können nicht vollzogen werden, wenn das betreffende Gemeindeglied sich wenige Tage vorher oder nachher zu einer entgegengesetzten Lebenshaltung bekennt. Die Amtshandlungen der Kirche sind nicht öffentliche Theatervorstellungen, zu denen jedermann Zutritt verlangen kann, sondern sie sind Feiern, die auf einer Gemeinschaft des Glaubens beruhen. Die Kirche nötigt niemanden; sie läßt sich aber auch von niemandem nötigen.

Ich breche ab — soviel zu Einzelheiten Ihrer Rede auch noch zu sagen wäre.

Das Gefühl, daß die treuen Glieder der christlichen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik als Bürger zweiter Klasse gelten, gräbt sich immer tiefer ein. Wollen Sie diese Entwicklung wirklich weitergehen lassen?

Ich bin mit angelegentlicher
Empfehlung
Ihr ganz ergebener
gez. Dibelius

„Ihr System, Ihre Schande“

Offener Brief an die Funktionäre des Zonen-Sports

DT. Der Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB), Willi Daume (Dortmund), hat in einem offenen Brief an den Präsidenten des sowjetzonalen Deutschen Turn- und Sportbundes, Reichert, erklärt, daß der DSB in Zukunft auf Telegramme, Briefe oder Pressepolemiken der Zonen-Sportfunktionäre, die politischen Hintergrund haben, nicht mehr reagieren werde. Der DSB wünsche vor seinen Mitgliedern klarzustellen, daß er kein politischer Debattierklub werden wolle.

Mit den Sportverbänden der ganzen Welt könne jede Sportführung in der Bundesrepublik

Protest gegen Dresden

Bonn (ap). Der Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften hat in Briefen an den sowjetzonalen Präsidenten Pieck, Volkskammerpräsidenten Diekmann, Justizminister Hilde Benjamin und Staatssekretär Girmus gegen die Verurteilung der fünf Dresdener Studenten protestiert und um eine Überprüfung der Urteile gebeten. Nach einer genauen Durchsicht der ihm zugegangenen Informationen sei der Vorstand des Verbandes zu dem Schluß gekommen, daß erneut Studenten verfolgt und verurteilt worden sind, weil sie eine eigene politische Meinung erarbeitet hätten, die zu der herrschenden politischen Richtung im Widerspruch stehe, heißt es in den gleichlautenden Schreiben.

in Frieden und Freundschaft zusammenarbeiten, nur nicht mit der politischen Führung des Deutschen Turn- und Sportbundes der Sowjetzone. Mit diesem „bitteren und schweren Handikap“ bleibe der gesamtdeutsche Sportverkehr leider belastet.

In dem offenen Brief weist Daume die sowjetzonalen Beschuldigungen, er und NOK-Präsident Ritter von Halt hätten

den in den USA gegen eine Einreise sowjetzonaler Wintersportler interveniert, eindeutig zurück. Daume bezeichnet eine derartige Erklärung Reicherts als lügenhaft und kündigt an, daß DSB- und NOK-Präsidium darüber beschließen werden, wie diese Tatsache den internationalen Sportgremien wirksam zur Kenntnis gebracht werden könne. Der ganze Zwischenfall habe das Präsidium des DSB und die Sportöffentlichkeit in Deutschland davon überzeugt, daß „Sie ausschließlich aus politischen Gründen so lange Streit mit der Sportführung der Bundesrepublik suchen, wie diese nicht gewillt ist, sich Ihrer politischen Ideologie zu beugen“.

Daume teilt mit, daß Dokumente des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums der Bundesrepublik sowie des Prä-

sidenten des Internationalen Olympischen Komitees vorliegen, aus denen hervorgeht, daß niemand über die beabsichtigte Reise der sowjetzonalen Wintersportler in die USA mit diesen Stellen gesprochen oder gegen eine solche Reise interveniert habe.

„Natürlich, sehr geehrter Herr Reichert“, so heißt es in Daumes Brief, „werden Sie auch diesen offenen Brief nicht veröffentlichen und ihn vor der sportlichen Allgemeinheit drüber verbergen. Das ist Ihre Sache, Ihr System und Ihre Schande.“

Zum Schluß kündigt Daume an, daß das Präsidium des DSB am 1. und 2. Mai in Berlin eine Einladung besprechen werde, die ihm zum Leipziger Turnfest zugegangen sei. „Wollen Sie sich mit dieser Einladung entschuldigen oder wollen Sie den Beschimpfungen auch noch den Hohn hinzufügen? Soll diese Reaktion bedeuten, daß Sie das Blamable und Ausschichtslose Ihrer Politik einschätzen?“

Eventuell Atom-Verzicht

Gerstenmaiers Bedingung für NATO-Austritt: Sicherheit

Bonn (ap). Bundestagspräsident Gerstenmaier erklärte vor dem Verein der ausländischen Presse in Bonn, man müsse jetzt alle sich bietenden diplomatischen und politischen Möglichkeiten in Betracht ziehen, um eine Wiedervereinigung Deutschlands für die Sowjetunion annehmbar zu machen. Er äußerte in diesem Zusammenhang die Ansicht, daß ein Austritt aus der NATO und ein Verzicht auf Atomwaffen für die Bundesrepublik unter bestimmten Bedingungen vertretbar wäre.

Die Hauptbedingung für derartige Schritte würde lauten, daß dabei die Sicherheit des freien Teils Deutschlands verbürgt wird und daß Gesamtdeutschland über das gleiche Maß von Sicherheit verfügt wie die Bundesrepublik heute in der NATO. Gerstenmaier hob hervor, er gehöre zu den Leuten, die bereit seien, einen Austritt aus der NATO unter diesen Bedingungen „nicht nur

zur Erwägung zu stellen, sondern für sich auch zu vollziehen“.

Gerstenmaier vertrat vor den Auslandsjournalisten die Meinung, daß die deutschen Politiker es ihrem Lande, aber auch der Welt schuldig seien, „jeden Versuch des guten Willens zu machen, um ein Schritchen vorwärts zu gelangen zur Etablierung des Friedens“. Ein Friedensvertrag für Deutschland könne jedoch nur zustande kommen, wenn dem deutschen Volk die Möglichkeit gegeben werde, in seiner Gesamtheit dazu ja oder nein zu sagen. Scharf lehnte Gerstenmaier den Abschluß eines Friedensvertrages mit zwei deutschen Staaten ab.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

Zwischenfall in der Ostsee

Sowjetisches U-Boot stört NATO-Manöver — Fotos aus 50 Meter Entfernung

Kiel (dpa). Der sowjetische U-Boot-Jäger „Kronstadt“ beobachtete fünf Stunden lang vor der deutschen Ostseeküste Marineeinheiten der NATO, die dort ein Manöver abhalten. Das etwa 300 bis 400 Tonnen große sowjetische Kriegsschiff war nach einer Mitteilung des Bundesverteidigungsministeriums plötzlich mitten unter den NATO-Kriegsschiffen erschienen. Der U-Boot-Jäger fuhr, wie das Wehrbereichskommando in Kiel bekanntgab, bis auf 50 Meter Entfernung an die im Manöver befindlichen Fahrzeuge heran und fotografierte sie. Die übenden Verbände wurden von dem sowjetischen Kriegsschiff jedoch nicht be-

NATO-Schiffe etwa fünf Meilen von der Schlei-Mündung entfernt. Erst in den Mittagsstunden des Mittwochs drehte er nach Osten ab. Das sowjetische Schiff vom Typ Libau-Klasse gehört zur sowjetischen Ostsee-Flotte. Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums erklärte am Donnerstag zu dem Zwischenfall, man müsse sich vergegenwärtigen, was wohl geschehen würde,

wenn ein NATO-Marine-Fahrzeug gleichermaßen unter manövrierenden Sowjetschiffen vor Leningrad auftauchte.

An dem Manöver nehmen 20 Schiffe teil, vier norwegische, fünf dänische und zehn deutsche Minensuchboote sowie ein dänischer Minenleger. Das Manöver wird von Flottenadmiral Heinrich Gerlach, Befehlshaber der Seestreitkräfte Ostsee der Bundesmarine, geleitet.

Berlins Bekenntnis zur Freiheit

„Wir lassen uns nicht von Deutschland trennen“

Berlin (Eigenbericht). Auf der bisher größten Freiheitskundgebung haben 600 000 Berliner am 1. Mai vor dem Reichstag die Freiheit ihrer Stadt und die Wiedervereinigung Deutschlands gefordert sowie gegen den sowjetischen Versuch protestiert, Berlin vom Westen zu trennen. Die Kundgebung, zu der die Hunderttausende freiwillig gekommen waren, klang in einem eindrucksvollen Bekenntnis zu Einigkeit, Recht und Freiheit aus. Gleichzeitig fand in Ostberlin eine Militärparade statt, bei der neben Panzern auch Infanterie mit gefälltem Bajonett aufmarschierten. Dann mußten die Ostberliner in ihren Betriebsgruppen vor der SED-Führung und einem riesigen Spruchband mit der Losung „Für eine entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin“ vorbeidefilieren.

Mit dieser diesjährigen großen Mai-Kundgebung auf dem Platz der Republik sind sogar die Demonstrationen der Jahre 1950 bis 1953 übertroffen worden. Bis zur Kongreßhalle standen die Massen Kopf an Kopf. Noch lange nach Beginn strömten Unzählige herbei.

„Wir haben kein Recht, in Parteipolitik zu machen, solange die Existenz unserer Freiheit in Gefahr ist“, erklärte Lemmer. Im Sinne der Tradition von Ernst Reuter mußten alle bis zum Tag der Freiheit in unerschütterlicher Kamerad-

schaft zusammenstehen. Der Welt sei mit dieser großartigen Haltung bei der Mai-Kundgebung bewiesen, daß „wir als freie Menschen“ verlangen können, nach den Grundsätzen des Rechts und der Freiheit zu leben.

„Schaut auf Berlin“

Auch der Regierende Bürgermeister Brandt appellierte an die Mächte der Welt, den Deutschen endlich das Recht auf Selbstbestimmung zu geben. Er lehnte erneut jede Scheinlösung für Berlin ab und forderte, zusätzliche internationale Sicherungen — „etwa durch Beamte der Vereinten Nationen“ — mußten sich auf ganz Berlin erstrecken. Unter großem Beifall stellte Brandt fest: „Wir lassen uns vom freien Deutschland nicht trennen.“ Die Grüße von 16 Millionen Mitgliedern der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung überbrachte Walter P. Reuther, der Präsident der Vereinigten Automobil-Arbeiter in den USA. „Eure Freiheit ist auch unsere Freiheit“, rief Reuther aus, „Ihr seid nicht allein.“ In der Erhaltung der Rechte des freien Berlin und der Sicherung eines in Freiheit und Demokratie vereinigten Deutschland sei sich das amerikanische Volk einiger als in irgendeiner anderen Frage. „Bleibt stark in dem Glauben an Euch selbst!“

Täuschungsversuch

Berlin (Eigenmeldung). Wenige Tage vor Beginn der Genfer Außenministerkonferenz hat die SED in Westberlin nach Mitteilung unterrichteter Stellen eine neue propagandistische Täuschungsaktion eingeleitet. Auf vorgedruckten Postkarten, die zum Teil mit der Post versandt oder von Mitgliedern der kommunistischen Tarnorganisationen in die Wohnungen gebracht werden, wird die Bevölkerung aufgefordert, folgenden Text zu unterschreiben: „Wir Westberliner wollen in Ruhe und Frieden leben und fordern daher den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die friedliche Lösung der Westberlin-Frage.“ Die Karten, die an die „Außenministerkonferenz in Genf“ adressiert sind, sollen von der Sowjetzonendelegation in Genf politisch verwertet werden.

hindert. Ein ähnlicher Zwischenfall hatte sich im August 1957 ereignet, als gleichfalls ein sowjetisches Kriegsschiff ein Manöver der Bundesmarine in der Ostsee beobachtete.

Der U-Boot-Jäger „Kronstadt“ belästigte die übenden



BILDER DER WOCHE. Oben: In Ostberlin demonstrierte man am 1. Mai bezeichnenderweise mit Panzerfahrzeugen „Für eine entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin“.
— Unten: Berlins Hockeymeister SC Brandenburg kam durch seinen 4 : 1-Sieg über den Mainzer RV in die Vorschlußrunde der Deutschen Meisterschaft.

